



Gemeinsame Grundsatzklärung

des Senats von Berlin,

des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Berlin-Brandenburg

und

des *dbb beamtenbund und tarifunion*
berlin

zur zunehmenden Gewalt
gegenüber Angehörigen des öffentlichen
Dienstes

Der öffentliche Dienst sorgt dafür, dass Berlin funktioniert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Berlin setzen sich täglich mit großem Engagement für die Belange der Menschen ein und fühlen sich dem Gedanken der bürgernahen Dienstleistung verpflichtet. Ihre Arbeit folgt den Grundsätzen eines schnellen, einfachen und bürgerfreundlichen Verfahrens sowie der unkomplizierten Nähe zu den Besucherinnen und Besuchern von Behörden und öffentlichen Einrichtungen.

In jüngerer Zeit ist jedoch festzustellen, dass sich Angehörige des öffentlichen Dienstes bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in zunehmendem Maße unterschiedlichen Formen von Gewalt ausgesetzt sehen wie etwa Beschimpfungen, Bedrohungen oder gar der Ausübung körperlicher Gewalt. Die Zunahme von Bedrohungen und Übergriffen ist insbesondere in den Bereichen des öffentlichen Dienstes zu beobachten, die im direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern stehen.

Das Land als Dienstherr und Arbeitgeber sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg (DGB) und der *dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin)* sprechen sich entschieden gegen alle Formen von Gewalt am Arbeitsplatz aus. Im öffentlichen Dienst des Landes Berlin muss gelten:

Null Toleranz gegenüber Gewalt!

Der Senat von Berlin sowie die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen DGB und *dbb berlin* verurteilen jegliche Form von Gewalt gegen Beschäftigte auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes des Landes Berlin. Die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten haben oberste Priorität.

Der Senat von Berlin sowie der DGB und der *dbb berlin* stimmen darin überein, Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin in keiner Form zu tolerieren und fördern alle Maßnahmen, um derartigen Entwicklungen mit Nachdruck entgegenzutreten.

Gemeinsam sprechen sie sich dafür aus, eine Kultur der Gewaltfreiheit zu etablieren und auszubauen.

Alle strafrechtlich relevanten Sachverhalte sind bei den Strafverfolgungsbehörden anzuzeigen, und die erforderlichen Strafanträge werden grundsätzlich gestellt. Eine Anzeige bzw. Strafantragstellung, insbesondere bei Beleidigungsdelikten, soll nur in Absprache mit der betroffenen Person erfolgen.

Zum Schutz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin und der Besucherinnen und Besucher wird in den Behörden keine Form körperlicher oder psychischer Gewalt geduldet. Der Senat von Berlin sowie der DGB und der *dbb berlin* sprechen sich gegen jede Form von Gewalt aus. Hierzu zählen insbesondere:

- Bedrohungen und persönliche Anfeindungen,
- verbale Belästigungen
- sexuelle Belästigungen/Übergriffe,
- Sachbeschädigungen sowie
- das Mitführen von Waffen jeglicher Art durch Besucherinnen und Besucher.

Zweck der Kultur der Gewaltfreiheit im öffentlichen Dienst des Landes Berlin ist:

- die Entstehung von Gewalt zu verhindern,
- Zivilcourage zu fördern, damit Gewalt erkannt wird und nicht unbeachtet bleibt,
- die Einhaltung sozialer Normen zu festigen,
- Opfern von Gewalt bei der Bewältigung des erfahrenen Unrechts zu helfen

Der Senat von Berlin sowie der DGB und der *dbb berlin* sehen eine Reihe von Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes, deren tägliche Arbeit mit besonderen Gefährdungslagen verbunden ist. Sie betonen die Notwendigkeit, auf solche Aufgabenbereiche passend zugeschnittene Präventionskonzepte zu entwickeln.

Gemeinsam sind wir uns einig, dass es bei der Gewaltprävention keinen Stillstand geben darf. Die bereits vorhandenen Konzepte müssen deshalb fortlaufend überprüft und an die veränderten Verhältnisse angepasst werden.

Bei regelmäßig stattfindenden Besprechungen zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und dem Senat von Berlin wird das Thema der heutigen Grundsatzklärung und die weitere Entwicklung der Lage auf diesem Gebiet Gegenstand des Meinungsaustauschs bleiben.

Berlin, 14. JUNI. 2021

Für den Senat von Berlin

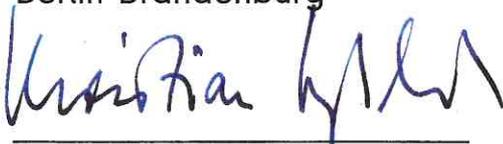


Michael Müller

Regierender Bürgermeister von Berlin

Für den DGB-Bezirk

Berlin-Brandenburg



Christian Hoßbach

Vorsitzender

Für den *dbb berlin*



Frank Becker

Landesvorsitzender